

# Chemnitzer Anzeiger

## und Stadtbote.

### Unparteiisches Tageblatt



für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

**Abonnement:** vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.) **Insertionspreis:** die schmale (1spaltige) Copypresse oder deren Raum 15 Pf. — (Local-Anzeigen nehmen entgegen die Verlags-Expedition und die Ausgabestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und in den übrigen Vororten, sowie sämtliche Postanstalten. (Postzeitungs-Preisverzeichnis für 1884 Nr. 1059) 10 Pf.) — Unter Eingeliefert pro Zeile 30 Pf. — Auf große Anzeigen und Wiederholungen Rabatt. — Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

**Verlags-Expedition:** Alexander Biede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Casino).

#### Öffentliche Vorladung.

Die Dienstmagd Anna Auguste Becker aus Weißbach, zuletzt in Wittgen-  
dorf bei Chemnitz bedienstet gewesen, jetzt unbekanntes Aufenthaltsort, ist über  
eine gegen sie hier vorliegende Diebstahlsanzeige zu vernehmen und wird  
zum Erscheinen an hiesiger Barockstraße hierdurch öffentlich vorgeladen.  
Es wird ersucht, die v. Becker auf diese Vorladung aufmerksam zu  
machen und Nachricht hiervon anher gelangen zu lassen.  
Chemnitz, den 13. Februar 1884.  
Der Königl. Staatsanwalt.

#### Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Handelsmannes Gottlieb  
Traugott Koch in Chemnitz wird nach erfolgter Abhaltung des Schluss-  
termins hierdurch aufgehoben.  
Chemnitz, den 11. Februar 1884.  
Königliches Amtsgericht.

#### Bekanntmachung.

Von Frau Dorothee Elisabetha verw. Hempel, geb. Wendendorff, hier, ist  
dem Hospital St. Georg ein Vermächtniß von 3000 Mark — Pf. ausgelegt.

diese Summe ist auch nach dem Tode der Genannten von deren Erben an  
uns ausgegahlt worden.

Wir bringen dies unter dem Ausdruck unseres herzlichsten Dankes hier-  
mit zur öffentlichen Kenntniß.

Chemnitz, den 11. Februar 1884.

Die Inspektion milder Stiftungen.  
Die Königl. Superintendatur. Der Rath der Stadt Chemnitz.  
Sup. Michael. D.

#### Tageschronik.

17. Februar.

- 1247. Nahe, Bandgraf von Thüringen, „Hosentänig“, gest.
- 1564. Michel Angelo gest.
- 1673. Voltaire gest.
- 1772. Konvention über die erste Theilung Polens.
- 1810. Napoleon I. befreit die Vereinigung des Reichens mit Frankreich.
- 1827. Herzog Johann heirathet die Anna Stodol (Gräfin Meran).
- 1827. Beethoven gest.
- 1859. Heinrich Heine gest.
- 1860. Expedition im Winterpalast zu Petersburg.

18. Februar.

- 1546. Martin Luther gest.
- 1664. Galilei gest.
- 1683. Die Katakomben nehmen den gregorianischen Kalender an.
- 1687. Maria Stuart gest.
- 1784. Goethe gest.
- 1801. Spanien erklärt an Frankreich den Krieg.
- 1813. Napoleon bildet die „Schwarze Schaar“.
- 1821. Heinrich Barth, Afrikaerforscher, geb.
- 1861. Victor Emmanuel wird König von Italien.
- 1861. Theodor Mölke gest.
- 1865. Karthagen von den Unionisten genommen; Ende des Bürgerkrieges.
- 1871. Thiers Präsident der franz. Republik.
- 1876. Ein span. Schiffwreck tödtet die Piraten der Salu-Inseln.
- 1881. Brand auf der massiven Kuppel der Kaiser-Akademie in München.

#### Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 15. Februar.

Berlin. Gegenüber der Meldung der Blätter, die Einberufung  
des Reichstags erfolge für den 4. März, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“,  
die Einberufung sei für die erste oder zweite Märzwoche in Aussicht  
genommen, der Tag aber noch nicht bestimmt.

Berlin. Eine für den Stand des Kulturkampfes sensationelle  
Nachricht kommt aus Bromberg. Im dortigen Kreisblatt wird nämlich  
die Erneuerung des Stedtriefes hinter Kardinal Ledochowski publizirt.

Wien. (Reichsblatt.) Bei der Verhandlung über die Verord-  
nung, betreffend die Suspension der Behördengerichte sprach Mi-  
nister Pragat unter großer Theilnahmlosigkeit für die Verfügung, sich  
auf das Gutachten des obersten Gerichtshofes berufend. Die Bürger-  
meister Steudel protestirt namens der Wiener Bevölkerung gegen die  
beabsichtigte Zumuthung, daß sie Einschüchterungen zugänglich sei.  
Durch die Ausnahmeverfügungen werde der Fremdenverkehr nicht  
gehoben. Unter demonstrationem Befehl der Linken spricht der Minis-  
terialreferent Köpp seine Verwunderung aus, daß die Regierung  
gegen den Arbeiter nicht einschreite, welcher in dem Reichsthalinger  
Prozesse der Regierung ungläubliche Schändlichkeiten nachsage, daß  
sie ferner den gegen den deutschen Parteitag demonstrierenden Arbeitern  
500 Gulden gab. Die Verordnung wurde mit großer Majorität  
genehmigt.

Wien. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde  
nach den Reden der beiden Berichterstatter der Majoritätsantrag, die  
Ausnahmemaßregeln für gerechtfertigt zu erklären und die Aufhebung  
der Behördengerichte zur Kenntniß zu nehmen mit 177 gegen 137  
Stimmen angenommen.

Paris. Die Enquete-Kommission hörte heute die Delegationen  
der Zimmerleute, welche ausgaben, daß von 5000 Arbeitern 3500  
unbeschäftigt seien. Der Redner der Zimmerleute sagte besonders  
über die Maschinen, die nach seiner Ansicht zu besteuern seien, und  
die fertige Arbeit, die aus Deutschland eingeführt werde.

London. Nach einer Depesche des General-Konsuls Waring  
aus Kairo von gestern Nachmittag um 4 1/2 Uhr meldet Gordon:  
Der Telegraph zwischen Khartum und Schendy ist wiederhergestellt;  
ich bin im Begriffe nach Khartum zu gehen und glaube, Sie brauchen  
keine weitere Besorgniß über diesen Theil des Sudans zu haben.  
Alle Leute ohne Unterschied sind herzlich froh von der Union (mit  
Egypten) frei zu sein, die ihnen nurummer verurtheilt.

Berlin, 16. Februar, Mittags. Aus Athen meldet man, daß  
das in den griechischen Gewässern befindliche russische Geschwader  
bei Kap Matapan durch den heftigen Sturm zerstreut wurde. Das  
Panzergeschiff „Herzog Edwinburg“ traf gestern auf Salamis ein, um  
die erlittenen Schäden auszubessern.

#### Herr von Gopler.

Herr von Gopler besitzt persönlich und, fastlich die Sympathien  
de. Mitglieder aller Parteien im preussischen Abgeordnetenhause im  
hohen Grade. — von einigen unvermeidlichen Ausnahmen, welche  
diese Thatsache noch belonen, abgesehen. Mag er den Liberalen zu  
konträr sein, so ist doch nicht behaupten, daß er ein  
konträrer Minister in einem Sinne sei, welcher ihn in einen  
stagnanten Gegenstand zu den Grundfragen der Liberalen bringen möchte.  
Das ist keineswegs der Fall. — Herr von Gopler hat es vielmehr  
verstanden, nach allen Richtungen hin verständlich zu wirken, und wahren  
wir in Frankreich, so würde die Sucht nach Schlagwörtern schon  
längst dazu gelangt sein, ihn den „Minister der Verführung“ zu nen-  
nen. Er ist nicht einmal, wie man zuweilen sagen hört, der Ver-  
treter und Beschützer der altpreussischen Beamtentradition, das heißt

nicht in dem Sinne, daß er die starre bürokratische Form über den  
belebenden Geist stellt. Seine gesammte Politik trägt den Stempel  
des Persönlichen, Vermittelnden, — zur guten That Anregenden.  
Vielleicht ist gerade in dieser nach allen Seiten hin unbefangenen  
Stellung der Grund zu finden, weshalb er von allen Seiten des  
Hause bisweilen mit einer gewissen Laune, einer Art von uner-  
klärlicher Jurisdiktion, behandelt wird. Denn so wenig entwidelt  
ist unser Deutscher Parlamentarismus, das heißt, das politische Ge-  
schick und Verhältniß in demselben, daß jede Partei von dem Minister,  
dem sie ihre Unterstützung leihet, verlangt, er solle mit ihr bis an die  
Grenze der Wünsche der Partei gehen. Kann es unter diesen Um-  
ständen befremden, daß das Land von einer parlamentarischen Regie-  
rung nichts wissen will? Ist es nicht ein Glück, daß der preussische  
Minister vom König abhängt, daß er sich also an den Felsen lehnt,  
anstatt an die weigende Böschung, welche die Parteien im Parlament  
ihm bieten? —

Man kann ziemlich sicher sein, daß, wenn man die einzelnen  
Partei-Führer im Hause befragen wollte, ob sie Hoffnung hätten, daß  
ein ihnen genehmerer Minister als Herr von Gopler an seine Stelle  
treten könnte, die Antwort verneinend lauten würde. In der That  
ist es nicht möglich, daß das Kultusministerium von einem Manne  
verwaltet werden könnte, welcher unter den heutigen Verhältnissen allen  
Parteien gegenüber verständlicher und ansehnlicher auftreten könnte,  
als Herr von Gopler. Ein anderes wäre es freilich, wenn die Frage  
so laute, ob sie (die Parteien) einen Minister wünschten, der ihre  
einseitigen Zwecke rücksichtslos begünstige. Da würden die Liberalen  
den Professor Birchow, die Zentrum-Partei Dr. Windthorst und die  
Konserverativen — wir wissen seit der Abstimmung über den Antrag  
Stöcker nicht mehr wen — empfehlen. Allein wer könnte zwischen  
all diesen Gegenüberstellungen heute eine verständlichere Stellung einnehmen,  
als Herr von Gopler?

Am auffallendsten ist die Haltung des Zentrums gegenüber ihm.  
Es gab eine Zeit, wo dasselbe Herrn von Gopler auf den Händen  
in der Sitzungssaal getragen haben würde. Ist er nicht eine große  
Erwünschtheit im katbolischen Sinne nach Herrn Falk? Versucht er  
es nicht allenthalben, den Führern des Zentrums entgegenzukommen,  
um großen Kerger anderer starker Parteien? Was, aber die An-  
sprüche des Zentrums sind inzwischen so gestiegen, daß die Erklärung  
Herrn von Goplers, er werde die Begnadigung der Erblichkeits-  
von Kisa und Rosen nicht unterschreiben, hinreichend, ihm seine Freundschaft  
zu erwerben. Wenn das Zentrum, wie es gewiß der Fall ist, keine  
Aussicht hat, einen verständlicheren Minister vor sich zu erblicken, so  
ist es doch gewiß ebenso unklug als ungerechtfertigt, Herrn von  
Gopler anzugreifen. — Die Haltung der Konserverativen bei dem Antrag  
Stöcker, für welchen sie, gegen die Wünsche des Ministers, stimmten,  
trug dem letzteren die Unterstützung der Liberalen ein. Gewiß ein  
sonderbarer Zufall. Allein derselbe beweist gerade, daß Herr von  
Gopler in dem Sinne der Persönlichkeit handelt, und nicht nach den  
Wünschen der Parteien. Kann es im heutigen Zeitpunkt einen besseren  
Minister geben? Wohl kaum.

#### Politische Rundschau.

**Deutsches Reich.** Die signalisirten Veränderungen in der  
diplomatischen Welt Russlands erregen auch in den diplomatischen  
Kreisen des Auslandes lebhaftes Interesse. Am wichtigsten erscheint  
die Ernennung des Fürsten Delow zum Botschafter Russlands in  
Berlin, da man dieselbe auf die direkte Initiative des Fürsten Bi-  
smarck beim Petersburger Kabinett zurückführt. Schon bei früherer  
Gelegenheit, z. B. in einer im Projekte Armin berührt gewordenen  
Depesche, hat Bismarck sich in einer höchst sympathischen Weise über  
Delow's Persönlichkeit geäußert und die Bande persönlicher Freundschaft,  
welche den Fürsten Bismarck mit dem genannten russischen  
Diplomaten verbinden, haben jedenfalls mit zu dem Wunsch des  
ersteren beigetragen, Rußland am Berliner Hofe von jetzt ab durch  
Fürst Delow vertreten zu sehen. Trotzdem, daß derselbe das Czaren-  
reich seit 1872 bei der französischen Republik vertrat, hat er sich seine  
Sympathien für Deutschland und dessen Friedenspolitik zu bewahren  
gewußt und man darf daher von seiner Thätigkeit in Berlin eine  
entschiedene Förderung des Einvernehmens zwischen Deutschland und  
seinem mächtigen Nachbar im Osten erwarten. Was Herr von  
Sadowitz, den bisherigen russischen Botschafter am Berliner Hofe,  
anbelangt, so soll derselbe dem deutschen Reichskanzler niemals sehr  
sympathisch gewesen sein und nur selten mit ihm persönlich verkehrt  
haben. Wie es heißt, ist Herr v. Sadowitz eine hohe Stellung im  
inneren Staatsdienste Russlands zugeordnet.

Der Bundesrath hat in seiner am Donnerstag abgehal-  
tenen Plenarsitzung den Unfallversicherungsgesetzentwurf an die be-  
treffenden Ausschüsse überwiesen. Die Beratungen derselben über  
diesen Gegenstand dürften mindestens eine Woche in Anspruch nehmen,  
denn es sind außer den vom preussischen Volkswirtschaftsrath hiezu  
gemachten Ausstellungen auch die Gutachten der einzelnen Bundes-  
regierungen zu prüfen, von denen verschiedene erhebliche Abänderungs-  
vorschläge gemacht haben. Ob es dann dem Bundesrathe gelingen  
wird, die Vorlage in der Plenarberatung noch bis zum Zusammen-  
tritt des Reichstages fertigzustellen, erscheint etwas zweifelhaft, ob-  
wohl man dies in Regierungskreisen zuversichtlich hofft.

Der bayerische Ministerpräsident und Kultusminister, Herr  
v. Luz, hat sich zwar in der gegenwärtigen Session der bayerischen  
Abgeordnetenkammer im Allgemeinen ziemlich gut mit der Rechten zu  
stellen gewußt, in einigen Punkten ist dies aber doch mißglückt. Dies  
gilt auch von dem Antrage welchen der Rechten angehende  
Abgeordnete Kehler auf Beschränkung der Vererblichkeitsfreiheit einge-  
bracht hat. Verschiedene Punkte desselben wurden von Minister als  
unannehmbar bezeichnet, trotzdem nahm die Kammer dieselben am  
Donnerstag gegen die Stimmen der Linken und ungeachtet des ener-  
gischen Widerspruches des Ministers an. Auf die Stellung Herr  
v. Luz's dürfte dieses votum schwerlich irgendwie einwirken.

Die neueren Berichte über das Befinden des Königs von  
Württemberg, welcher wegen eines Augenleidens schon drei Monate  
in San Remo weilte, lauten recht befriedigend. Indessen wird der  
hohe Herr auf ärztliches Anrathen noch einige Zeit in dem milden  
Klima San Remo's zubringen, da die latente Affektion noch  
nicht ganz gehoben ist.

**Oesterreich-Ungarn.** Die Frage der Entschädigung un-  
schuldig Verurtheilter ist in Oesterreich rascher zum Abschluß gelangt,  
als bei uns in Deutschland. Am Mittwoch hat das österreichische  
Abgeordnetenhause den hierauf bezüglichen Regierungsentwurf in zweiter  
und dritter Lesung angenommen. Offenlich wird auch bald der  
deutsche Reichstag in die Lage kommen, einem ähnlichen Gesetzentwurf,  
der bei uns wirklich noch liegt, seine Zustimmung geben zu können.  
In der Donnerstagssitzung begann das Abgeordnetenhause die Plenar-  
beratung der Ausnahmeverfügungen. In längerer Rede empfahl  
der Ministerpräsident Graf Taaffe die Annahme der Ministerregulirung  
und motivirte die einzelnen Bestimmungen derselben. In Bezug auf die  
Aufhebung der Pressfreiheit, welche Bestimmungen namentlich von  
den Liberalen angefochten worden ist, äußerte der Ministerpräsident,  
dieselbe sei notwendig gewesen, um die sozialdemokratische „Zukunft“  
unverwundbar zu machen. Von der Linken nahmen hierauf Schar-  
fsmid, Fürst und Erner, sowie schließlich der Generalober-  
steiff das Wort gegen die Vorlage, während von der Rechten v. Höfner  
für dieselbe sprach. Er wandte sich hauptsächlich gegen den  
Bericht der Ausschussminorität, welcher in den vorhergehenden Sessio-  
nen keinen Zusammenhang, kein Wirken einer verbrecherischen Korpo-  
ration erkennen — wie viel Leute sollten denn noch umgebracht werden,  
bis die Minorität von dieser Ansicht bekehrt werde? Schließlich  
empfahl Höfner die Annahme des Antrages der Ausschussmajorität  
auf Sanctionirung der Ausnahmeverfügungen.

**Frankreich.** Die Franzosen scheinen „heidenmässig“ viel Geld  
zu haben. Man sollte dies wenigstens denken, wenn man vernimmt,  
daß die neue französische Anleihe allein in Paris 3 1/2 Mal und  
dann auch in der Provinz ein paar Mal überzeichnet worden ist.  
Indessen, bei früheren Anleihen ist die Ueberzeichnung noch viel  
stärker gewesen, so daß dieser Erfolg der Finanzpolitik der französischen  
Regierung viel von seinem blendenden Schimmer verliert und dies  
um so mehr, als die Ueberzeichnung erst durch das in letzter Stunde  
erfolgte Eintreten Rothschild's und der großen Bankinstitute ermöglicht  
wurde. Auch in der Provinz theilte man sich an der Anleihe mehr  
großere Bankfortien als das Publikum. — Die Nachricht über  
die Ernennung Leon Say's zum Finanzminister an Stelle Tirard's  
wird von offiziöser Seite demittirt.

**England.** Das englische Unterhause hat auch am Donner-  
stag die Beratung des von den Konserverativen gegen die Regierung  
beantragten Adelsvotums noch nicht beendet. Im Laufe der Debatte  
stellte Lawson den Unter-Antrag, daß englische Truppen in Egypten  
nicht weiter verwendet werden möchten. Im Uebrigen bestritten  
die Erklärungen, welche Gladstone an diesem Tage abgab, auf keiner  
Seite, da sie über die nächsten Absichten der englischen Regierung in  
Egypten keinen genügenden Aufschluß gaben. Der Schatzkanzler  
Gibbes gab die Zuage, daß die Creditforderung für die neue  
egyptische Expedition dem Hause sobald als möglich werde vorge-  
legt werden.

**Rußland.** Die russische Eroberungspolitik in Centralasien  
hat einen neuen entscheidenden Erfolg zu verzeichnen. Die Turkmenen-  
stämme von Merw haben ihre unbedingte Unterwerfung unter die  
Vormäßigkeit Russlands erklärt, was eine für England bedenkliche Er-  
weiterung der russischen Machtphäre in Centralasien bedeutet. Denn  
hiermit ist die letzte selbständige Völkerschaft zwischen China und  
dem nordwestlichen Afghanistan dem Willen des Jaren unterworfen  
und Rußland der Weg nach Herat, dem Schlüssel zu Afghanistan und  
Ostindien von Westen her, geöffnet.

**Egypten.** Das Schicksal der Garnison von Sinaï, die er-  
barungslose Niedermehelung von 600 draven Soldaten durch die  
grausamen Schaaeren Digma's, scheint endlich den Engländern  
das Gewissen gerührt zu haben. Von Kairo aus ist eine englische  
Expedition unter dem General Graham nach Tollar, etwa 12 Meilen  
südwestlich von Suakim, unterwegs, um der dortigen hartbedrängten  
Besatzung Hilfe zu bringen. Wie der englische Konsul in Suakim  
berichtet, hat die Nachricht hiervon unter den aufständischen Bestän-  
den erregt und darf man nur hoffen, daß die englische Hilfe noch  
rechtzeitig eintrifft. Unterdessen langen von Gordon, welcher sich  
zwischen Berber und Khartum unterwegs befindet, sehr hoffnungs-  
voll klingende Berichte an. Einer derselben besagt, daß man keine weitere